



21.444

Parlamentarische Initiative

Glarner Andreas.

Endlich Transparenz

**über das Abstimmungsverhalten
in Kommissionsberatungen!**

Initiative parlementaire

Glarner Andreas.

Pour des votes transparents

**lors des délibérations
des commissions!**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.12.22 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Buffat, Fischer Benjamin, Glarner, Marchesi, Steinemann)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Buffat, Fischer Benjamin, Glarner, Marchesi, Steinemann)

Donner suite à l'initiative

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Glarner Andreas (V, AG): Ziel dieser parlamentarischen Initiative ist es nicht, dass die Kommissionssitzungen oder die Protokolle davon öffentlich werden, sondern nur die Abstimmungsergebnisse. Ziel wäre es also, Transparenz zu schaffen. Wir sprechen immer von Transparenz, und originellerweise hat sogar auch die Staatengruppe des Europarates gegen Korruption empfohlen, dass wir gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern und vor allem gegenüber den Steuerzahlerinnen und -zahlern Transparenz darüber schaffen, wer bei den Kommissionsberatungen wie abstimmt. Es spricht doch nichts dagegen, unsere Ergebnisse öffentlich einsehbar zu machen. In welcher Form das geschehen soll, ob jeweils am Schluss eines Communiqués oder wie bereits heute bei den Ratsdebatten, lasse ich offen. Beides wäre möglich und richtig.

Man kann durchaus auch daran arbeiten, wie viele Resultate es sein sollen. Man kann darüber diskutieren, ob einfach die Schlussabstimmung bei einer Beratung oder, auf Antrag von Kommissionsmitgliedern, auch ein wichtiges Zwischenresultat veröffentlicht werden müsste. Technisch gesehen wäre es

AB 2022 N 2287 / BO 2022 N 2287

sehr einfach. Sie erinnern sich an unsere Ausflüge in die Expo-Hallen: Dort hatten Sie ein kleines Gerät und konnten per Knopfdruck Ihre Stimme abgeben. All das wurde sauber registriert, was auch das nicht ganz einfache Auszählen in den Kommissionen deutlich erleichtern würde.





Es gibt immer wieder Leute, die sich hinter dem Kommissionsgeheimnis verstecken wollen. Das sind auch immer diejenigen, die am lautesten aufschreien, wenn irgendwo herauskommt, wer wie abgestimmt hat. In den Abstimmungskämpfen wird aber jeweils erzählt, wie bürgerlich und wie wirtschaftsfreundlich man doch sei und wie man doch alles bekämpfe, was von der falschen Seite komme. Gerade unlängst konnten wir wieder zur Kenntnis nehmen, dass eine gewisse Partei plötzlich wieder umschwenkte, wenn es ums Wählen ging. Da wäre es für die Wähler und Wählerinnen doch hochinteressant zu sehen, ob diese Volksvertreter auch in den Kommissionen so abstimmen, wie es draussen verkauft wird.

In der Kommissionsberatung der SPK wurden erstaunlich viele Probleme zu dieser Lösung vorgebracht. Es wurde eingewendet, es sei ja alles auf der Fahne ersichtlich – aber das betrifft natürlich nur jene Geschäfte, die wir direkt beschlossen haben. Was weder im Communiqué noch auf der Fahne ersichtlich ist, ist das Resultat jener Geschäfte, die wir nicht direkt beschlossen haben. Diese erscheinen in der Regel weder auf einer Fahne noch in einem Protokoll, sondern als ein Geschäft, das beantragt und verworfen wurde. Genau diese Informationen möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern zukommen lassen.

Im vollen Bewusstsein, dass diese parlamentarische Initiative bei Ihnen keine Chance haben wird, kann ich mit Ihnen ja Klartext reden. Ich kann Ihnen zum Beispiel eine Anekdote aus einer Kommissionssitzung nennen. Dort gab es einen Antrag, dessen Annahme einen Teil der Wirtschaft massiv behindert hat. Dabei haben führende Wirtschaftsvertreter und vor allem -vertreterinnen gegen die Wirtschaft gestimmt. Sie kassieren aber zuhause in ihrem Heimatkanton ein sechsstelliges Gehalt von ihrem Wirtschaftsverband. Diese Personen stimmen also regelmässig gegen die Wirtschaft. Solche Dinge müssen doch öffentlich werden, denn man sieht es nicht bei den Minderheitsanträgen. Man sieht nur, dass gewisse Leute der Meinung sind, ein solcher Antrag sei wirtschaftsfeindlich, und meistens sind wir es, die einen Minderheitsantrag stellen. Wenn man dann sieht, dass das Ergebnis 18 zu 7 Stimmen betrug, dann ist es eindeutig. Wenn diese Leute aber schlau sind, und das passiert oft, dann gehen sie noch rasch aufs WC oder verlassen die Sitzung etwas früher. Das ist genau das Unglaubliche, was hier abläuft.

Ich wehre mich dagegen, dass man sich draussen bürgerlich gibt und in den entsprechenden Kommissionen komplett mit der Linken stimmt. Das geht nicht. Diesbezüglich, muss ich sagen, sind die Linken und die Grünen Ehrenleute. Sie sagen, was sie machen, und machen, was sie sagen. Die Kommissionsvertreter, die sich am vehementesten gewehrt haben, waren natürlich jene, die selbst oder mit ihrer Windfahnenpartei am meisten betroffen wären.

Ich bitte Sie, diese parlamentarische Initiative in der ersten Phase zu unterstützen und so die notwendige Transparenz zu schaffen. Die Leute, die Ihren Lohn bezahlen, haben es verdient.

Rutz Gregor (V, ZH): Man mag vielleicht auf den ersten Blick denken, dass dieser Vorstoss ein Detail betreffe. Aber ich muss Ihnen sagen: Nach der Diskussion, die wir geführt haben, nach dem Kommissionsbericht, den ich gelesen habe, und nach vielen Gesprächen, die ich sonst darüber geführt habe, bin ich ein überzeugter Befürworter der parlamentarischen Initiative Glarner.

Es ist ja schon ein bisschen so, wie Herr Glarner gesagt hat: Transparenz ist das Modewort unserer Zeit. Es gehört sich, dass man transparent ist; wer nicht transparent ist, gilt bald als unanständig. Es stellt sich dann natürlich die Frage, wo man transparent sein muss.

Ich bin dezidiert der Auffassung, dass wir die Privatsphäre schützen müssen und dass dort jede Forderung nach Transparenz selber unanständig wäre, weil das etwas ist, wo der Staat nicht eingreifen darf. Aber umgekehrt glaube ich, dass in allen Fragen, welche die öffentliche Hand betreffen, welche den Staat betreffen, welche unser Handeln hier als Behörde betreffen, Transparenz durchaus am Platz ist. Das ist genau der springende Punkt, das, was Kollege Glarner mit seiner Initiative als Frage aufwirft.

Lesen Sie den Bericht der Kommission, den Bericht über die Diskussion, die geführt wurde. Es wird ausgeführt, dass man den Diskussionsprozess nicht seiner Flexibilität berauben dürfe, dass man die Kommissionsmitglieder frei diskutieren lassen müsse und dass jedes Kommissionsmitglied aufgrund der in der Diskussion vorgebrachten Argumente auch jederzeit seine Meinung ändern können solle.

Selbstverständlich, selbstverständlich ist das so, aber das ist doch überhaupt kein Problem. Ich habe da und dort auch schon meine Meinung geändert, das ist doch überhaupt kein Problem. Dann erkläre ich, warum ich zu einem anderen Schluss gekommen bin. Dann ist das so, wie es ist. Ich wüsste aber beim besten Willen nicht, warum man nicht wissen darf, wie ich in der Kommission abgestimmt habe.

Sie müssen sich schon fragen, ob es nicht ein bisschen doppelbödig und widersprüchlich ist, wenn Sie auf der einen Seite verlangen, dass alle Geldflüsse offengelegt werden. Jeder, der Ihnen im Nationalratswahlkampf, der jetzt bevorsteht, irgendetwas spendet, muss das deklarieren. Sie wollen alles wissen, wer Ihnen da noch etwas und dort noch etwas gegeben hat und noch einen Apéro übernommen hat: Das ist elementar, um



einordnen zu können, warum jemand gewählt worden ist. Es ist dann aber auf der anderen Seite vollkommen unerheblich, wie sich die Person, die aufgrund dieser Spenden gewählt worden ist, in der Kommission verhält. Das ist doch absurd.

Ich glaube, Sie müssen wirklich noch einmal überlegen, was Sie hier veranstalten. Ich bin selbstverständlich auch der Auffassung, dass diese ganze Bürokratie wegen der Offenlegung von Spenden falsch ist, denn das betrifft dann eben die Privatsphäre. Das wird zu nichts führen; das werden Sie sehen. Wir werden in den Medien ein paar Ranglisten haben. Die Journalisten werden sich freuen, relativ einfach ein paar Artikel schreiben zu können und auf ihren Online-Portalen ein paar Klicks zu haben. Damit erschöpft es sich aber. Aber was viel spannender ist, ist doch: Wer hat in der Kommission wie gestimmt? Sie sehen das dann, wenn die Minderheitsanträge im Rat formuliert werden – selbstverständlich. Aber warum soll jemand nicht wissen, ob ich bei der Minderheit oder der Mehrheit war oder ob ich mich der Stimme enthalten habe? Ich muss Ihnen sagen: Da fehlt mir wirklich das Verständnis.

Selbstverständlich bin ich dafür, dass wir frei diskutieren können, selbstverständlich geht es nicht darum, dass Kommissionssitzungen öffentlich werden. Aber es geht schlicht und einfach darum, dass mein Wähler doch Anspruch darauf hat, zu wissen, wie ich gestimmt habe. Auch diejenigen, die mich nicht gewählt haben, haben Anspruch darauf. Denn wenn sie das wüssten, würden sie mich ja vielleicht das nächste Mal dann auch wählen. (*Teilweise Heiterkeit*)

Darum empfehle ich Ihnen, dieser Initiative Folge zu geben. Es tönt unspektakulär, was Kollege Glarner fordert, aber ich glaube, er trifft damit ins Schwarze. Das ist genau die Transparenz, die eigentlich nötig wäre, und alle anderen Forderungen, die Sie da in grossem Stil propagieren, sind eigentlich völlig falsch, weil sie eben die Privatsphäre betreffen. Das hier betrifft die öffentliche Sphäre, das hier betrifft das Handeln, das Tun, für das wir gewählt worden sind. Und ich glaube, dass es nichts als richtig ist, wenn wir den Wählerinnen und Wählern darüber Rechenschaft ablegen.

Ich empfehle Ihnen, Folge zu geben, und danke Ihnen.

Gysin Greta (G, TI), per la commissione: Non è la prima volta che, come Commissione delle istituzioni politiche e come Consiglio nazionale, ci occupiamo della questione della trasparenza delle deliberazioni commissionali. Oggi discutiamo l'iniziativa parlamentare Glarner che chiede di rendere pubblici i risultati delle votazioni in commissione. Dovrebbero invece rimanere confidenziali – lo ha detto nel suo intervento

AB 2022 N 2288 / BO 2022 N 2288

anche l'autore dell'iniziativa parlamentare – tutte le deliberazioni e i documenti commissionali.

La commissione, che ha discusso l'iniziativa parlamentare Glarner il 2 settembre, raccomanda di non dare seguito all'iniziativa, con 18 voti contro 6, per i motivi che ora vi spiegherò.

Il lavoro commissionale è considerato essenziale per il buon funzionamento del Parlamento. È in quella sede che avvengono le discussioni e decisioni importanti, è in quella sede che si discute liberamente e in cui di tanto in tanto c'è chi cambia opinione, ed è in quella sede in cui si possono tessere più facilmente soluzioni di compromesso. In questo senso è importante evitare il rischio che il lavoro commissionale si appiattisca e diventi anch'esso un palcoscenico per parlare più con l'elettorato e con i media che non con i colleghi e le colleghe. Il rischio a mente della maggioranza commissionale è che le discussioni in commissione assomiglino sempre più a quelle del Consiglio nazionale, dove pochi approfondiscono gli oggetti in discussione, quasi nessuno ascolta e ogni tanto quasi nessuno è in aula, come ad esempio adesso. Chi parla dal pulpito lo fa più per il verbale che non per la discussione parlamentare.

La pubblicazione delle votazioni sotto forma di elenchi nominativi, come richiesto nell'iniziativa parlamentare Glarner, limiterebbe il margine di manovra di chi fa parte della commissione. D'altra parte, pubblicare i risultati delle votazioni senza pubblicare anche tutte le proposte in votazione, le proposte di emendamenti nonché le mozioni d'ordine non avrebbe molto senso. Questo però minerebbe la segretezza delle deliberazioni commissionali. In aggiunta a ciò, pubblicare i risultati delle votazioni senza accompagnarli con le riflessioni che hanno portato all'una o l'altra posizione pure non avrebbe molto senso. Andrebbero semmai resi pubblici anche i verbali delle discussioni.

Insomma, il pregiudizio alla segretezza delle deliberazioni commissionali è più grande di quanto l'iniziativa e la minoranza che la sostiene lascino intendere.

Da ultimo va anche detto che una certa trasparenza sulle varie posizioni assunte in commissione è data già oggi. I nomi di chi sottoscrive una proposta di minoranza sono visibili anche nei rapporti commissionali o nei paragrafi. Incrociando questi nomi con i risultati delle votazioni che si rendono pubblici è possibile risalire alla composizione della maggioranza o della minoranza. Questa trasparenza è ritenuta sufficiente dalla



maggioranza commissionale perché non mette a repentaglio la libertà di esprimersi e dunque in definitiva la qualità delle discussioni commissionali.

Con queste considerazioni la maggioranza commissionale, con 18 voti contro 6, vi raccomanda di respingere l'iniziativa parlamentare Glarner.

Pfister Gerhard (M-E, ZG), für die Kommission: Der Initiant möchte, dass die Abstimmungsergebnisse der Beratungen in den Kommissionen öffentlich gemacht werden. Er lässt offen, ob es alle Abstimmungen oder nur besonders wichtige oder ob es nur Zwischenresultate oder Schlussabstimmungen betreffen soll. Ebenso lässt er offen, wie diese Transparenz technisch hergestellt werden soll, in Medienmitteilungen oder in Abstimmungsprotokollen, wie sie für die Plenumsdebatten in beiden Räten existieren. Grundsätzlich sieht der Initiant den Mehrwert einer solchen neuen Praxis darin, dass sich Mitglieder des Parlamentes nicht mehr hinter dem Kommissionsgeheimnis verstecken könnten. Es sei häufig eine Differenz zwischen den öffentlichen Äusserungen von Mitgliedern des Parlamentes und ihrem faktischen Entscheidungsverhalten in den Kommissionen festzustellen.

Die Mehrheit Ihrer Kommission lehnt diese parlamentarische Initiative ab, dies hauptsächlich aus folgenden vier Gründen:

Erstens stellt die Transparenz nur der Abstimmungsergebnisse für die Mehrheit der Kommissionsmitglieder keinen echten Mehrwert dar. Ein Abstimmungsergebnis ohne die entsprechenden Argumente, warum eine Abstimmung so ausfiel, ist in den meisten Fällen eine blosser Demonstration ohne Begründung.

Zweitens sind gerade die Deliberation, der Diskurs, das Zuhören und Nachfragen und allenfalls auch – horribile dictu für manche – das Korrigieren der eigenen Meinung zentrale Elemente der Kommissionsarbeit. Konsequenterweise müsste man, wenn man die Abstimmungsergebnisse öffentlich macht, auch die Sitzungsprotokolle veröffentlichen, die dann erklären, wer wie und warum abstimmte.

Drittens möchte die Mehrheit der Kommission an der Vertraulichkeit der Kommissionsberatung festhalten. Sie sieht einen entscheidenden Mehrwert darin, dass es ein Gremium gibt, in dem der Deliberationsprozess möglichst offen ist, was das Inhaltliche, die Meinungsbildung und die Entscheidung angeht. Die Öffentlichkeit, Kommunikation und Begründung der Entscheide ist dann Sache der parlamentarischen Debatte; das findet also hier statt. Dieses System hat sich nach Auffassung der Kommissionsmehrheit bewährt.

Viertens ist eine grosse Transparenz darüber, wer in der Kommissionssitzung wie entschieden hat, bereits jetzt gewährleistet, indem bei Kommissionsberichten oder bei Gesetzesfahnen die Minderheitsvertreter namentlich aufgeführt werden. Das erfüllt nach Meinung der Kommissionsmehrheit die nötigen Transparenzanforderungen.

Die Kommission entschied mit 18 zu 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen. Die Kommissionsmehrheit empfiehlt, der parlamentarischen Initiative Glarner keine Folge zu geben.

Damit wenigstens bei dieser Initiative die Transparenz, wer in der Kommission wie gestimmt hat, auch für die hergestellt ist, die den Kommissionsbericht jetzt nicht vor sich haben, nenne ich gerne zuhänden des Amtlichen Bulletins die Namen derer, die in der Kommissionsminderheit der parlamentarischen Initiative Folge geben möchten: Es sind dies die Kolleginnen und Kollegen Rutz Gregor, Buffat, Fischer Benjamin, Glarner, Marchesi und Steinemann. Wenn Sie mir zugehört haben, ist Ihnen aufgefallen, dass das Resultat 18 zu 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen war. Das heisst, ein Mitglied hat vermutlich vor dieser Abstimmung den Weg auf die Toilette angetreten, den Kollege Glarner vorhin auch angetreten hat – Sie müssen selbst ausrechnen, aus welcher Delegation dieses Mitglied kam. *(Heiterkeit)*

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Mehrheit beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit Rutz Gregor beantragt, der Initiative Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.444/25942)

Für Folgegeben ... 51 Stimmen

Dagegen ... 139 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2022 N 2289 / BO 2022 N 2289